

Rede am 7. Oktober 2009 zum Thema „Pflichtbesuche in historischen Gedenkstätten für hessische Schülerinnen und Schüler“

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
verehrte Kolleginnen und Kollegen der beiden Koalitionsfraktionen,

um Ihren Antrag im ersten Satz gleich zu beurteilen: Erstens: Er greift im Thema bereits viel zu kurz und in seiner Empfehlung ist er viel zu dünn. Er greift deshalb zu kurz, weil selbstverständlich die Gedenkstätten und Museen zur Erinnerung an den Holocaust und den Faschismus mit in einen Pflichtbesuch eingeschlossen sein müssen. Das geschichtlich später folgende Unrechtsregime in der DDR ist auch eine Folge des Faschismus, auch deshalb muss Erinnerungskultur selbstverständlich beide dunklen Kapitel der deutschen Geschichte des 20. Jhdts. beinhalten. Wobei die Einmaligkeit der Barbarei des Holocaust dabei nicht nivelliert werden darf.

Eigentlich dürfte es keinen Streit um das grundlegende Ziel geben, nämlich Erinnerungen wach halten an den Holocaust und die konsequente Lehre daraus ist: Nie wieder Faschismus, nie wieder Diktatur, nie wieder Krieg.

Auch für die Erinnerungskultur an ein zweites totalitäres Unrechtsregime auf deutschem Boden für einen Teil unserer Bevölkerung von 1946 bis 1989 gilt: Erinnerungen wach halten: Auch da kann es keine Schönfärbung geben, Unrechtsstaat war die DDR ohne Wenn und Aber, ohne Zweifel.

Keinen Zweifel, keinen Streit kann es auch geben über das grundlegende Erziehungsziel frei nach Hartmut von Hentig: "Die jungen Menschen stärken und die Sachen klären". Genau darum müsste es bei dem Antrag gehen, nämlich, dass wir unsere Gedenkstätten, sowohl an die Nazibarbarei im sog. Dritten Reich, als auch Gedenkstätten, die erinnern an Zwang, an Unterdrückung, Bespitzelung und Unfreiheit in der SED Diktatur als außerschulische Lernorte etablieren.

Zweitens: Und dann reicht auch keine „Empfehlung“ an unsere Schülerinnen und Schüler eine Gedenkstätte zu besuchen, sondern wir wollen, dass dies zum Pflichtkanon aller Schulen gehört, dass alle Schülerinnen und Schüler mindestens eine Gedenkstätte mit der Erinnerung an das Dritte Reich und eine Gedenkstätte, bezogen auf die deutsche Teilung, besuchen müssen im Verlaufe der Schulzeit.

Wir wollen unsere jungen Menschen stärken gegen jede Form von Ideologie, sie stark machen für die grundlegenden Werte, an denen sich gesellschaftliches Zusammenleben zu orientieren hat, und wir wollen die Sachen klären: nämlich informieren, sie aufklären über Zeiten der Barbarei, über Zeiten der Unfreiheit, die so möglichst in Zukunft für immer ausgeschlossen bleiben.

„Wider das Vergessen“ ist eine zentrale Aufgabe. Mit zunehmender Geschichtswendung fehlt persönliche Betroffenheit, fehlen die Älteren, die uns erzählen können, wie das war. Weil uns die Zeitzeugen demnächst fehlen werden, bedarf es Zeugnisse der Zeit, damit Erinnerungen nicht verblässen.

Deshalb ist es notwendig Erinnerungsstätten zu schaffen, ist es notwendig Betroffenheit herzustellen, ist es notwendig authentische Orte, didaktisch und historisch so zu präsentieren, dass nachvollziehbar, dass

im wahrsten Sinne erfahrbar ist, welche Dimensionen der Holocaust für das deutsche Volk, für die Juden in ganz Europa, für viele Diskriminierte, Verfolgte und letztlich auch getötete weitere ethnische, weltanschauliche oder sog. rassistische andere Gruppen hatte.

Man muss in Hadamar einmal gewesen sein, um nachvollziehen zu können, wie ein Regime sich über die Schöpfung setzte, wie Leben eingeteilt wurde in sog. wertvolles und sog. minderwertiges Leben. Man muss spüren, wie Menschen als minderwertige Kreaturen zusammengepfercht und anschließend vergast und verbrannt wurden. Nur dann werden das ganze Ausmaß der Menschenverachtung dieses Regimes und die ganze Barbarei deutlich.

Aber ich sage auch: Es ist keine Gleichsetzung, mit dem was im Dritten Reich geschah, aber gleichwohl bleibt es Unrecht, was das Verhindern von grundlegenden Freiheiten durch die SED Diktatur angeht, bleibt es Unrecht, dass ein Staatsziel die Bepitzelung der Bürgerinnen und Bürger war, dass ein Schießbefehl existierte, dass über Tausend Menschen an der ehemaligen innerdeutschen Grenze zu Tode kamen, nur weil sie die Freiheit wählen wollten, weil sie von Deutschland nach Deutschland wollten.

Ich will ein Zweites anfügen, was auch dazugehört, um die Komplexität von Geschichte anschaulich zu machen, um die Geschichte differenzierter wahrzunehmen, dann müssen gleichzeitig neben dem Schrecklichen, neben dem Menschenverachtenden Zeichen der Hoffnung sichtbar und erlebbar gemacht werden. Denn auch das ist möglich und kann an den Erinnerungsorten und mit dem Erinnerungsauftrag deutlich gemacht werden: Zeichen der Hoffnung. Gedenkstätten sind da, um Geschichte und Geschichten zu erzählen.

Da geht es auch um die Geschichte des Widerstands im Dritten Reich, da geht es darum, dass es viel zu lange gedauert hat, dass die Widerstandskämpfer als Verräter bezeichnet werden konnten. Es ist zentral wichtig die Geschichte des Widerstands aufzuzeigen, weil die Männer und Frauen es waren, die dem deutschen Volk ein Stück seiner Würde zurückgegeben haben. Es ist wichtig an sie zu erinnern, weil diese Menschen gezeigt haben, Widerstand war und ist möglich, weil sie gezeigt haben, dass in einer Zeit der totalen Unterdrückung es doch auch möglich und notwendig war, den Kampf für die Freiheit aufzunehmen, weil letztlich die Freiheit auch immer die Chance hat zum Sieg.

Und es ist wichtig die Bürgerrechtsbewegung in der ehemaligen DDR in ihrer Geschichte und ihrem großartigen Erfolg zu zeigen. Menschen, die als Vorbilder den aufrechten Gang als ihr Motto gewählt haben, die in einer Zeit der Erniedrigung auf die Straße gingen als es noch gefährlich war, die mitteilten, dass das Volk letztlich zu bestimmen hat und nicht eine Clique einer Partei. Es gilt auch zu zeigen, mit welchen Motiven, mit welchen Werten die Bürgerrechtsbewegung die Grundlagen schaffte für eine friedliche Revolution, an deren Ende dann endlich der Fall der Mauer am 9. November 1989 stand. Und es gilt auch aufzuzeigen, welche Freude letztlich diese Grenzöffnung auslöste. Die Bürgerrechtler haben damit auch die historische Größe, um als Vorbilder für eine aktive Bürgergesellschaft zu stehen.

Warum ist solche Geschichtsaufarbeitung für den Einzelnen so wichtig? Nun, pathetisch ausgedrückt, lautet die banale Weisheit, dass Zukunft nur der gewinnen und erfolgreich, human und sozial gestalten kann, der um seine Herkunft weiß, der unterschiedliche gesellschaftliche Entwürfe kennt und weiß, dass der Einzelne und jeder Einzelne seinen Beitrag für Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität einbringen muss.

Und deshalb haben gerade auch die Gedenkstätten, die Erinnerungsorte einen dritten Auftrag neben dem Gedenken an die Opfer, neben dem Zeigen positiver Vorbilder, nämlich das Aufzeigen von Entwicklungslinien, wie es dazu kam. Die Frage nach dem „warum“ muss aufgeklärt werden, warum und wie kam es dazu, dass in einem Land der Dichter und Denker es möglich war, dass eine solche rassistische Ideologie letztlich zum Holocaust führte? Welche Rolle spielten die Eliten, welche Macht und Herrschaftsverhältnisse führten zu diesem Ergebnis. Wie und warum es möglich, dass im Land von Goethe, Schiller und Lessing, im Land von Beethoven, Mozart, Brahms und Liszt, im Land von Kant, Hegel und Fichte, im Land der bahnbrechenden Nobelpreisträger es möglich war, dass eine solche Bande von Menschenverächtern letztlich den Staat in ihre Hand brachten. Wie kam es, dass die Weimarer Republik als eine Demokratie ohne Demokraten in der geschichtlichen Beurteilung heute uns vorkommt. Wie kam es, dass auf deutschem Boden dann eine andere Ideologie, ein anderes totalitäres System, freilich auch durch Moskau als Satellit entsprechend mitbestimmt, Fuß fassen konnte. Diese Entwicklungslinien gehören zum Bildungsauftrag der Gedenkstätten als drittes Element dazu.

Und jetzt sind wir beim Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schulen. Da geht es vor allen Dingen und zunächst um die Vermittlung von Schlüsselqualifikationen. Bildung- und Erziehung münden hier zusammen. Lassen Sie mich deshalb einige Schlüsselqualifikationen nennen, die es durch Schule, die es durch Bildung und Erziehung zu vermitteln gilt. Da ist zunächst die Demokratiefähigkeit zu nennen. Schüler auf Teilhabe vorzubereiten, zu befähigen zur Partizipation,

Schüler zu ermuntern für sich und andere einzutreten und Verantwortung zu übernehmen. Da geht es zweitens auch um die Erziehung zur Friedfertigkeit, da gilt es Konfliktfähigkeit zu vermitteln, Konflikte auszuhalten, Konflikte friedlich und solidarisch zu lösen. Da geht es drittens um die Erziehung zur Hilfsbereitschaft, zur Solidarität, zur Achtung der Würde des Anderen. Da geht es um die Erziehung zur Empathie. Viertens: In einer Welt, die immer schneller zusammenwächst, gilt es die globalen Zusammenhänge zu begreifen, da muss interkulturelle Bildung gelebt und gelehrt werden. Unterschiede akzeptieren, Toleranz üben, die nicht zu verwechseln ist mit Beliebigkeit. Toleranz gegenüber dem Andersdenkenden, die auch Grenzen setzt, dort wo die Würde eines Zweiten verletzt wird. Da gilt es weiterhin junge Menschen vorzubereiten auf eine Informationsgesellschaft, die in der Gefahr steht, dass -frei nach Neil Postman- unsere Welt sich zu Tode amüsiert. Junge Menschen zu befähigen Informationen zu bearbeiten, zu bewerten, zu unterscheiden, was wichtig und was weniger wichtig ist, zu unterscheiden was richtig und falsch ist und sie auch zu befähigen, Ideologien zu durchschauen, letztlich aus Informationen Wissen zu machen.

Dies bedeutet, wenn ich das noch einmal zusammenfassen darf, dass wir selbstständige, urteilsfähige, sozial handelnde, verantwortliche, letztlich mündige junge Bürgerinnen und Bürger haben wollen.

Wir wollen starke, informierte Persönlichkeiten, die widerstandsfähig gegen Indoktrination, widerstandsfähig gegen Intoleranz sind und die sich nicht von diskriminierenden Ideologien blenden lassen. Wehret den Anfängen. Wir wissen, dass gerade Rechtsextremisten versuchen über moderne Medien junge Leute für ihre verquasteten Theorien und Ideologien zu gewinnen. Unsere Forderungen und Ziele haben

aber auch Konsequenzen für den Schulalltag, haben Konsequenzen für die Lehrerbildung. Mehr Projekt orientiertes Lernen ist angesagt, mehr selbstständiges Lernen und dies an verschiedenen Lernorten. Und genau an dieser Stelle kommen unsere Gedenkstätten wieder ins Spiel, genau an dieser Stelle finden sie ihren besonderen Bildungs- und Erziehungsauftrag.

Dies setzt allerdings auch voraus, dass gerade die Erinnerungsorte strukturell so ausgestattet sind, dass sie ihren Auftrag auch erfüllen können. Wer von diesen Lernorten eine nachhaltige politische Bildung will – und ich hoffe, das wollen wir alle – der muss diese Gedenkstätten auch finanziell so ausstatten, dass sie in der Lage sind, mit modernen didaktischen Mitteln letztlich die Bildungsziele auch zu erreichen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich schließen mit einem Verweis, mit einem Blick auf unser Grundgesetz.

Vor 60 Jahren erlebten wir also die Proklamation des Grundgesetzes mit seinen Grundideen von Freiheit, Gerechtigkeit, Toleranz und Friedlichkeit.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“. So lautet Art. 1, Abs. 1 des Grundgesetzes.

Es ist selbstverständlich kein Zufall, dass die Grundrechte und die Menschenwürde ganz am Anfang des Grundgesetzes stehen.

„Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.

Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich.“ So lauten die Abs. 1 und 2 des Art. 2.

Art. 3 Abs. 1

„Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich“,

Art. 3 Abs. 3

„Niemand darf wegen seines Geschlechts, wegen seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauung benachteiligt oder bevorzugt werden.

Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“

Art. 4, Abs. 1

„Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.“

Diese Grundsätze bilden die Grundlage eines zeitlosen Wertekatalogs, dem sich unser Staat in allem Handeln verpflichtet sieht.

Diese Grundrechte gehören heute zu den schlichten Selbstverständlichkeiten unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens und unserer staatlichen Organisation. Nach 60 Jahren Demokratie, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit können wir uns gar nicht mehr vorstellen, welche revolutionäre Kraft in diesen Worten auch 1949 noch steckte. Es war der befreite Aufschrei einer geschändeten Kultur und Zivilisation, es war nicht weniger als die Wiedergeburt von Menschlichkeit nach einer Phase der Barbarei. Vorausgegangen waren von 1933 bis 1945 12 Jahre einer verbrecherischen Diktatur, die Menschen ihre Rechte aufgrund von unwissenschaftlichen und unsinnigen Rassentheorien zuteilte. Eine Diktatur, die in den Menschen nur noch Material sah, über das der Staat frei verfügen könne. Eine Diktatur, die zunächst Menschen diskriminierte, dann aussortierte und schließlich umbrachte.

Fazit:

Am Ende des Naziterrors standen Millionen Ermordete, stand der Holocaust, standen Millionen von Kriegstoten, stand ein zerstörtes und ein geteiltes Land. Und nur in dem einen Teil gelang es, die grundlegenden Werte von Demokratie, Frieden, Freiheit und Rechtstaatlichkeit in praktische Politik und in gelebte Humanität umzusetzen. Im anderen Teil Deutschlands dauerte es noch weitere 40 Jahre, bis auch hier all diese grundlegenden Werte im Alltag auch erfahren werden konnten und gelebte Realität wurden. Dies bleibt der Auftrag, den wir weitergeben an die nächste Generation, dass Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und Rechtstaatlichkeit unteilbar sind, zusammenhängen sich gegenseitig bedingen und allen Anfängen, auch nur einen Teil davon zu gefährden, müssen mutige, informierte, aufrechte Demokraten entgegen treten.